

**Inhalt**

- Seite 1 - Bundesversammlung
- Seite 2 - Alles ist relativ
- Seite 2 - Schneller Geld für Opfer von Straftaten
- Seite 2 - Wirtschaftsförderung
- Seite 3 - Wahlkampfgetöse
- Seite 3 - Familienförderung
- Seite 4 - Volksvertreter unterwegs
- Seite 4 - Informationsgutschein

**Aufgespießt**

**Alles ist relativ**

Im Landtag Brandenburg wacht der Präsident bzw. wachen seine Vertreter über die Einhaltung der Redezeit. Es ist schon manchmal ein seltsames Gefühl, am Rednerpult zu stehen und hinter sich denjenigen zu wissen, der einem mitten im Wort das Mikrofon abstellen kann.

Natürlich bekommt man keine Probleme mit der Redezeit, wenn man nur 25 Sekunden redet, wie Liane Hesselbarth bei einem Plenarbeitrag im Februar 2009. Doch wenn man sich bemüht, seine Redezeit auszuschöpfen, blinkt schon einmal die berühmte „rote Lampe“, die das Ende der Redezeit anzeigt.

Leider haben wir in der DVU-Fraktion den Eindruck gewonnen, dass auch die Redezeit im Landtagsplenum relativ ist. Wir wissen nicht, woran es liegt, aber manchmal scheinen Fünf-Minuten-Reden sehr lange zu dauern, zumindest auf unseren Uhren.

Seltsamerweise konnten wir dieses Phänomen noch nie bemerken, wenn ein Mitglied unserer Fraktion am Rednerpult steht.

**Experten**

Am 3. März sprachen SPD-Politiker mit Katja „Die Supernanny“ Saalfrank über Familienpolitik. Wäre da ein Gespräch mit Schuldnerberater Peter Zwegat nicht angebracht gewesen?

**Landtag online**

<http://www.rbb-online.de/imparlament>  
Unter obiger Adresse kann man Videoschnitte sämtlicher Redebeiträge der Plenarsitzungen des Landtages Brandenburg ab Januar 2008 abrufen. Die neuen Beiträge werden jeweils ein bis zwei Tage nach der Plenarsitzung eingestellt.

# Liane Hesselbarth wählt den Bundespräsidenten ... oder auch nicht

**Die Vorsitzende der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg, Liane Hesselbarth MdL, gehört zu den 20 Brandenburgern, die in der 13. Bundesversammlung am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten wählen.**



Liane Hesselbarth MdL

In ihrer Fraktionssitzung am 10. Februar hatten bereits die sechs Volksvertreter der DVU im Landtag Brandenburg Liane Hesselbarth einstimmig für die Bundesversammlung nominiert. Dem schlossen sich am 25. Februar die Abgeordneten der anderen drei Fraktionen an und entsandten Liane Hesselbarth - zusammen mit 19 weiteren Brandenburgern - einstimmig in die Bundesversammlung.

Sollte die Fraktionsvorsitzende am 23. Mai verhindert sein, wird sie der DVU-Landesvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer der DVU-Fraktion, Sigmar-Peter Schuldt MdL, vertreten. Auch er wurde einstimmig als Vertreter nominiert und gewählt.

Doch wird Liane Hesselbarth am 23. Mai tatsächlich ihre Stimme für den am Ende gewählten Bundespräsidenten abgeben?

„Das steht noch nicht fest.“

*Die national eingestellten Mitglieder der Bundesversammlung haben sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, der in geheimer Abstimmung sicherlich Stimmen auch aus anderen Lagern erhalten kann. Dieser Kandidat wird zuerst meine Stimme erhalten.*

*Die anderen Kandidaten sind voraussichtlich Frau Gesine Schwan, Herr Peter Sodann und der amtierende Bundespräsident, Herr Horst Köhler.*

*Ich halte generell nichts von Schauspielern als Politiker - mir sind zu viele Politiker einfach nur Schauspieler. Herr Sodann hat sich mit etlichen seiner Äußerungen seit Bekanntgabe seiner Kandidatur in meinen Augen für dieses Amt disqualifiziert.*

*Die letzten Ausfälle von Frau Schwan gegen die Vertriebenen und deren Präsidentin haben meine negative Meinung über diese Kandidatin nur bestätigt.*

*Zu Herrn Köhler ließe sich einiges Positive sagen, vielleicht, weil er kein Berufspolitiker mehr ist. Aber er steht zu sehr für die vielen Fehlentwicklungen der Vergangenheit, an denen er beteiligt war, wie den Maastricht-Vertrag und die Machenschaften des Internationalen Währungsfonds.*

*Ich werde meine Entscheidung von der Entwicklung bis zum 23. Mai und an diesem Tag abhängig machen.“*

## Schneller Geld für Verbrechensopfer

**Strafprozessordnung soll geändert werden, um eine schnelle Opferentschädigung auch bei Strafbefehlen zu ermöglichen**

In seiner 81. Sitzung am 25. Februar 2009 beschäftigte sich der Landtag Brandenburg mit einem DVU-Antrag zur Unterstützung einer Bundesratsinitiative zur Änderung der Strafprozessordnung. Mit der Initiative (Drucksache 4/7222), die bereits seit über einem Jahr beim Bundesrat liegt, soll ermöglicht werden, dass die Ansprüche von Verbrechensopfern auch bei Strafbefehlen berücksichtigt werden, ohne dass es zu einer Hauptverhandlung kommt.



Sigmar-Peter Schuldt MdB

Der Parlamentarische Geschäftsführer und rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Sigmar-Peter Schuldt, Initiator des Antrages:

*„Mit unserem Antrag soll das sich abzeichnende Scheitern der Justizreformen zur Verbesserung des Opferschutzes quasi in letzter Minute verhindert werden.*

*Viele Verfahren werden durch Strafbefehl erledigt, was natürlich kostengünstiger ist, aber die Rechte der Verbrechensopfer außen vor lässt. Das will die DVU so nicht länger hinnehmen.“*

## Die heimische Wirtschaft fördern, nicht nur in der Krise: Die DVU setzt sich für mehr Investitionszulagen und eine stärkere Mittelstandsförderung ein.

**In die Februar-Plenarsitzungen des Landtages hatte die DVU-Fraktion erneut Initiativen zur Förderung der Wirtschaft, namentlich der kleinen und mittelständischen Betriebe eingebracht.**

### 1. DVU-Initiative:

**Das Investitionszulagengesetz soll bis Ende 2013 verlängert und zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen verbessert werden**

In ihrer Fraktionssitzung am 17. Februar 2009 hatten die sechs Volksvertreter der Deutschen Volkunion (DVU) im Landtag Brandenburg einen Antrag auf eine Bundesratsinitiative zur Änderung des "Investitionszulagengesetzes 2007" (Drucksache 4/7253) beschlossen, mit dem sich der Landtag Brandenburg am 26. Februar befasste.

Damit sollen die Konjunkturprogramme I und II der Bundesregierung ergänzt werden um die Förderung von Investitionen in allen Branchen und vor allem bei kleineren und mittelständischen Unternehmen.

Die Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der national-freiheitlichen DVU-Fraktion, Liane Hesselbarth, sagte dazu:

*„Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung sind wichtig und hoffentlich hilfreich.*

*Aber für ein hochindustrialisiertes und hochtechnisiertes Land wie Deutschland können staatliche Investitionen bzw. Investitionsförderung in Autos, Beton, Putz und Mörtel nicht das letzte Wort sein.“*

### 2. DVU-Initiative:

**Neues Mittelstandsförderungsgesetz soll veraltetes und ineffektives Gesetz von 1992 ablösen**

Auf Initiative ihrer wirtschaftspolitischen Sprecherin Liane Hesselbarth beschloss die Fraktion der Volkunion im Landtag Brandenburg ebenfalls am 17. Februar einen Gesetzentwurf für ein "Brandenburgisches Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz" (Drucksache 4/7235).

Die sechs national-freiheitlichen DVU-Volksvertreter wollen mit dem neuen Gesetz positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben sowie die Unternehmen zu Investitionen und Innovationen motivieren.

Die Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth aus Strausberg erläuterte die Gesetzesinitiative:

*„Der Mittelstand ist von tragender Bedeutung für Beschäftigung und Ausbildung sowie für die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg.*

*99 % der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Brandenburg zählen statistisch betrachtet zum Mittelstand. Sie erwirtschaften über 50 % des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes.*

*Der Mittelstand in Brandenburg stellt mehr als zwei Drittel aller Arbeitsplätze und ist mit drei Vierteln der Ausbildungsplätze Hauptträger der dualen Ausbildung.*

*Unsere DVU-Fraktion setzt sich seit Jahr und Tag dafür ein, dass der wichtige Wirtschaftsfaktor Mittelstand endlich auch in der Förderpolitik des Landes angemessen berücksichtigt wird. Ein modernes Mittelstandsförderungsgesetz halten wir dafür für unabdingbar.“*

### Impressum

National-Freiheitliche **Fraktions-Nachrichten** aus dem Landtag Brandenburg" (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird seit 2001 als Informationsschrift für die Bürger Branden-

burgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth MdB bzw. der namentlich zeich-

nende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.  
Erscheinungsweise: nach Bedarf  
Anschrift: Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,  
Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,  
[Info@dvu-fraktion-brandenburg.de](mailto:Info@dvu-fraktion-brandenburg.de)

# Versprochen ist versprochen ... und wird dann doch gebrochen

## Die Platzeck-Partei hat den Wahlkampf eingeläutet

Aus den Schlagzeilen der letzten Zeit:  
"SPD will mehr Geld für Kita-Personal / Betreuungsschlüssel soll nach der Wahl verbessert werden"

"SPD setzt im Wahlkampf auf Bildung — bis 2014 sollen in Brandenburg 1250 neue Lehrer neu eingestellt werden"

"SPD will mit Bildung punkten"

usw., usf..

Wenn ich das lese, dann frage ich mich, ob die Genossen vergessen haben, daß:

- seit 1990 die SPD in der Regierung sitzt,

- seit 1994 den Sozialdemokraten das Bildungsressort untersteht,

- seit 1990 die SPD-Genossen Zeit gehabt hätten, in Brandenburg ein stabiles, leistungsfähiges Schulsystem zu installieren ... dies aber leider versäumt haben.

Die Wahrheit ist, dass das Land Brandenburg, dank einem Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierung, pleite war und ist und dass deswegen gekürzt und gestrichen werden musste, was das Zeug hält.

Bildung hatte für die Regierungen Stolpe und Platzeck keinen großen Stellenwert und so wurden gigantische Löcher in unser Bildungssystem gerissen, alles des lieben Geldes wegen.

Es liegt an dieser grundfalschen und nur am Geld ausgerichteten Politik, dass Brandenburger Eltern sich heute um die langen Schulwege ihrer Kinder Gedanken machen müssen.

Für unsere DVU-Fraktion hat ein Bildungssystem versagt, wenn die Ausbildungsbetriebe Schwierigkeiten haben, neue Lehrlinge einzustellen, weil zu viele der Bewerber nicht anständig lesen, schreiben und rechnen können - von ihrem Betragen ganz zu schweigen.

### Wahlkampfgetöse

Die SPD will in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, dass nicht mehr als 28 Kinder pro Klasse in den Schulen des Landes lernen. In den Krippen will die SPD den Betreuungsschlüssel dem anderer Länder anpassen, so dass in Zukunft

auf einen Erzieher nur noch sechs und nicht wie bisher sieben Kinder kommen.

Alles Forderungen, die die DVU-Fraktion schon vor Jahren stellte.

Wenn die Genossen das wirklich alles wollten, warum wollen sie das erst nach der Wahl durchsetzen? Sie sind jetzt an der Regierung, sie stellen jetzt den Bildungsminister. 19 Jahre hatten die Genossen Zeit dazu und ausgerechnet jetzt, wo wir uns mitten in einer schweren Fi-



Birgit Fechner MdL

nanz- und Wirtschaftskrise befinden, möchten die Genossen diese kostenintensiven Maßnahmen durchsetzen?

Wie gedenken sie, diese zu finanzieren, ohne großartig Schulden aufnehmen zu müssen?

Wo soll gestrichen werden, um die gemachten Versprechen zu finanzieren?

Das sagen die Genossen den Wählern selbstverständlich nicht.

Bleibt zu hoffen, dass alle Brandenburger sich diese Fragen stellen, und nicht auf die unseriösen Wahlkampfversprechen hereinfallen.

**Versprochen ist versprochen und wird — leider allzu oft — dann doch gebrochen.**

# Künstliche Befruchtung fördern

Ähnlich wie Sachsen soll sich auch Brandenburg für die Erfüllung des Kinderwunsches durch künstliche Befruchtung stark machen

Der Landtag Brandenburg beschäftigte sich in seinen Februarsitzungen mit einem DVU-Antrag (Drucksache 4/7255) zur "Unterstützung der medizinischen Kinderwunschbehandlung". Die sechs national-freiheitlichen Volksvertreter der Deutschen Volksunion hatten den Antrag in ihrer Fraktionssitzung am 17. Februar beschlossen, so dass er noch kurz vor Antragsschluss beim Landtag eingereicht werden konnte.

Die DVU fordert auf Bundesebene eine Änderung des Sozialgesetzbuches V, damit wieder mehr Maßnahmen der sogenannten "assistierten Humanreproduktion", also der künstlichen Befruchtung, von den Krankenkassen übernommen werden.

Auf Landesebene soll Brandenburg die betroffenen Familien nach dem Willen der DVU durch Zuschüsse, Kostenübernahmen o.ä. unterstützen, wie Sachsen es bereits beschlossen hat und wie auch die Bundesfamilienministerin fordert.

Die familienpolitische Fraktionsprecherin Birgit Fechner erläutert den Hintergrund der Initiative:

„Die demografische Entwicklung, also der stetige Geburtenrückgang gerade in Brandenburg, wird ein immer größeres Problem für uns. Doch die einzige wirklich „erfolgreiche“ Form der Familienpolitik in der Bundesrepublik ist die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen, also das Töten zigtausender Kinder noch vor der Geburt - und das auf Kosten der Sozialversicherten.“

Die DVU will hier gegensteuern und erreichen, dass auch lebensfreundliche Maßnahmen finanziert werden. Dieser Antrag wird nicht die Wende in der Bevölkerungsentwicklung bringen, aber er kann ein erster Schritt sein.“

# Vor Ort bei den Brandenburgern

## DVU-Volkvertreter unterwegs im Land

**Im Februar waren der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der DVU im brandenburgischen Landtag, Norbert Schulze, und sein Referent Arnold Graf bei Bürgern, die unmittelbar unter dem Unrechtsregime der SED in der DDR gelitten haben.**

Anlass für diese Besuche waren die erschreckenden Wissenslücken bei jungen Menschen und die verklärten Meinungen älterer Bürger über das verbrecherische System der Staatssicherheit und der SED in der Deutschen „Demokratischen“ Republik.

Norbert Schulze wollte mit direkt von politischer Verfolgung und Haft Betroffenen sprechen, um Näheres über den unmenschlichen Unterdrückungsapparat zu erfahren.

Er sprach dabei mit ehemaligen Insassen von Stasi-Untersuchungshaft- und Strafvollzugsanstalten, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, innerhalb von Deutschland frei ihren Wohnsitz wählen zu wollen.

So erzählte ein Betroffener über seine mehrmonatige Einzelhaft in der Normannenstraße in Berlin und der darauffolgenden Verbüßung der Freiheitsstrafe in Berlin-Hohenschönhausen.

Interessant waren dabei insbesondere die Schilderungen in der Zeit vor der Verhaftung. Von ständigen Beobachtungen durch Stasi-Mitarbeiter bis hin zur Instal-

lation einer Abhöranlage in seiner Wohnung war alles an geheimdienstlicher Schikane vertreten.

Ein weiterer Betroffener berichtete über seine Odyssee von einer Stasi-U-Haft zur nächsten.



Norbert Schulze MdL  
und sein Referent Arnold Graf

Stationen waren Erfurt, Gera und Frankfurt bis letzten Endes zur Haftverbüßung in Brandenburg.

Auch er berichtete über die gravierenden Schikanen der Staatssicherheit vor seiner Verhaftung.

Übereinstimmend wurde von den Betroffenen Unverständnis darüber zum Aus-

druck gebracht, dass viele der damaligen Täter, zu denen auch die Spitzel (bekannt als IM) zu zählen sind, heute mit einer Abgebrühtheit sondergleichen wieder nach leitenden Positionen streben oder diese bereits inne haben.

### Ein STASI-Beauftragter muss her!

Die Befragten halten es daher für unerlässlich, dass das Land Brandenburg einen eigenen Stasi-Landesbeauftragten erhält, um ein für allemal Klarheit betreffs der Vergangenheit zu schaffen.

Laut Aussage der Stasi-Bundesbeauftragten, der ehemaligen Brandenburger Bildungsministerin Marianne Birthler, ist Brandenburg übrigens das einzige Bundesland, welches keinen derartigen Beauftragten hat.

Die mit dem DVU-Landtagsabgeordneten Norbert Schulze ins Gespräch gekommenen unmittelbar Betroffenen erklärten übereinstimmend, dass der gegenwärtige Zustand betreffs einer Aufarbeitung der Verbrechen der DDR-Geschichte geradezu unerträglich sei.

Norbert Schulze erklärte abschließend, dass er zwar vieles gewusst oder geahnt habe. Die Realität sei jedoch viel grausamer – und genau deshalb gelte es, im Interesse künftiger Generationen endlich politisch zu handeln.

## Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial.
- Ich möchte die Fraktions-Nachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.  
(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_ Landkreis / kreisfreie Stadt \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_

(fn57) Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam